

# 2. Tagung des 8. Landesparteitages

CCe Kulturhaus, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna



# Abstimmungsheft

5. und 6. März 2022

Hinweise:

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat am 28. Februar 2022 zu den eingereichten Anträgen und Änderungsanträgen beraten und übernimmt einige Änderungsanträge komplett oder teilweise – dies ist unter dem jeweiligen Änderungsantrag dokumentiert.

Die Änderungsanträge, die nicht übernommen wurden, sind hellgrau unterlegt, ebenso die Textstellen auf die sich Änderungsanträge beziehen.

## Leitantrag

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei  
DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022 in Leuna

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7

### DIE LINKE kämpft

DIE LINKE wieder stark machen: Deshalb sind nach der Bundestagswahl Hunderte neu zu uns gekommen. Sie wollen Teil von etwas sein, das richtig ist. Also sagen wir selbstbewusst Willkommen. Und machen wir gemeinsam DIE LINKE wieder stark. Wir sind die Partei der Solida-

#### ÄA-Nr. 1.1.

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 7 Einfügung wie folgt:

... wieder stark. Wir sind die Partei **für Frieden** und Solidarität. DIE LINKE kämpft ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

**Der Landesvorstand übernimmt.**

8 rität. DIE LINKE kämpft für Löhne und für Renten, die Sorgen nehmen, nicht Sorgen machen.  
9 Wir wollen von den Reichen mehr fürs Gemeinwohl, nicht Lobbygelder für Parteien. Wir über-  
10 lassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo lau-

#### ÄA-Nr. 1.2.

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeilen 9/10 folgenden Satz streichen:

... DIE LINKE wieder stark. ~~Wir überlassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo laufen.~~ Wir gendern, aber ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

**Der Landesvorstand übernimmt.**

#### ÄA-Nr. 3

Antragsteller:innen: Anke und Manfred Hain (KV Stendal)

Zeile 9 und 10 – ersatzlos streichen:

**Wir überlassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo laufen.**

Begründung:

Unsere Genossinnen und Genossen kommen zwar vorwiegend aus den neuen Bundesländern, aber es ist wichtig, dass wir im Leitantrag Brücken bauen und nicht provozieren. Mit dem Satz stoßen wir Freunde und Sympathisanten aus den alten Bundesländern vor den Kopf.

Genossinnen und Genossen aus den alten und den neuen Bundesländern müssen endlich vereint sein, auch in den Köpfen. Unser Eindruck zu diesem Satz: Er ist überheblich und verbindet nicht.

***Der Landesvorstand übernimmt.***

**ÄA-Nr. 5.1.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 9 ff.:

„Wir überlassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo laufen ...“ streichen.

**Begründung:** Das ist nicht witzig!

***Der Landesvorstand übernimmt.***

11 fen. Wir gendern, aber vor allem sehen wir, die Würde, Freude und Schönheit jedes Menschen  
12 und wollen, dass niemand diese verächtlich macht“.

13  
14 Nach den verlorenen Wahlen ist uns klar, die richtige Forderung allein, die reicht noch nicht.  
15 DIE LINKE kämpft im Parteiensystem um Sichtbarkeit, Geschlossenheit und um Vertrauen.

**ÄA-Nr. 5.2.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 15:

„im Parteiensystem“ streichen

**Begründung:** Wir kämpfen in der ganzen Gesellschaft, zumal „das Parteiensystem“ sich gerade dramatisch wandelt.

16 Politische Repräsentanz wandelt sich. Zentrale Fragen der Klimagerechtigkeit werden auf der

**ÄA-Nr. 1.3.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 16 Einfügung wie folgt:

... Zentrale Fragen **des Friedenskampfes** und der Klimagerechtigkeit werden ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

17 Straße mit mehr Vehemenz gestellt als in den Parlamenten. Daneben entwickelt sich Selbst-  
18 organisation gegen übermächtige Kapitalinteressen und gegen die Spardiktate der öffentli-  
19 chen Haushalte: Bundesweit versammeln sich Menschen zu Klimaprotesten, in der Mieter:in-

**ÄA-Nr. 1.4.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 19 Einfügung wie folgt:

... versammeln sich Menschen zu **Antikriegs- und** Klimaprotesten, in der ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

**Der Landesvorstand übernimmt.**

20 nen- und Krankenhausbewegung und bei antirassistischen Initiativen wie „unteilbar“. Gleich-  
21 zeitig wachsen in der Pandemie Gewalt und Verschwörungstheorie. Die Parteiendemokratie  
22 wird herausgefordert durch Angriffe von rechts und Erfolge populistischer Kommunikation.  
23 Selten zuvor standen Entscheidungsträger:innen, politische Systeme und Handlungsweisen  
24 so im weltweiten Vergleich wie in Zeiten der Pandemie.

25

26 In Sachsen-Anhalt dominieren die Kämpfe um die Finanzierung von Schulen und Universitä-  
27 ten, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Aufrechterhaltung des Schulun-  
28 terrichtes. Im Parlament sind lagerübergreifende Koalitionen, wie jetzt im Bund, schon längst  
29 Alltag. Die seit der letzten Landtagswahl mit der FDP eingegangene Koalition dürfte mehr  
30 nach dem Geschmack der ostdeutschen CDU sein als die KENIA-Koalition zuvor. Entgegen  
31 der erstaunlichen Wahlkampfmobilisierung ist die CDU, gerade die in Sachsen-Anhalt und im  
32 Osten generell, kein Bollwerk gegen rechts, sondern der Brückenschlag zur AfD. DIE LINKE in  
33 Sachsen-Anhalt hat dieser Augenwischerei immer deutlich widersprochen. Wir kämpfen im  
34 Land gegen die Auswirkungen von Kürzungs- und Niedriglohnpolitik und die Langzeitfolgen  
35 des Treuhandkahlenschlags. Für Geringverdiener:innen ist Obst und Gemüse zum Luxusgut ge-  
36 worden, die gestiegenen Energiepreise sind für viele nicht mehr leistbar. Während andere  
37 Bundesländer die Kita kostenfrei machen, klettern die Beiträge in Sachsen-Anhalt in die  
38 Höhe.

39

40 Unser Landesverband ist ein ostdeutscher. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht daher nicht nur

**ÄA-Nr. 5.3.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 40:

„Unser Landesverband ist ein ostdeutscher“ streichen.

**Begründung:** Diese geografische Verortung ist bekannt und ungefähr so interessant wie  
„Unser Landesverband ist ein linker“. Die Linke Sachsen-Anhalt ist Die Linke in Sachsen-  
Anhalt.

41 Politik für europäischen Zusammenhalt, für globalen Frieden und Klimaschutz, sondern auch  
42 und besonders für Ostdeutschland. Der Osten bringt seine besondere Geschichte mit. Diese  
43 Geschichte wird vom **Westen** als Ballast angesehen, weil die vergleichende Perspektive auf  
44 zwei Systeme und die Eigentumsfrage nicht erwünscht ist. Eben dies gehört in unseren Augen  
45 zu Ostkompetenz dazu.

**ÄA-Nr. 2**

Antragsteller:innen: Anke und Manfred Hain (KV Stendal)

Folgende Änderungen sollen erfolgen:

Zeile 43 - Westen = alte Bundesländer

Zeile 47 – Osten = neue Bundesländer  
Zeile 50 – Osten = neue Bundesländer  
Zeile 51 – Westdeutschland = alte Bundesländer  
Zeile 59 – Osten = neue Bundesländer

Begründung:

Die Bezeichnungen „Ost bzw. West“ sind schon lange nicht mehr zeitgemäß. Schon seit der Wiedervereinigung Deutschlands heißt es fachgerecht „neue/alte Bundesländer“.

Wir wollen DIE LINKE wieder stark machen. Das schaffen wir nicht mit Phrasen und Bezeichnungen aus alten Zeiten.

Viele Menschen aus den alten Bundesländern, die bei uns studieren oder arbeiten, fragen sich/fragen uns, warum wir mit diesen Begriffen (Ost/West, Wessis) nach über 30 Jahren Wiedervereinigung immer noch unterwegs sind. Gerade die jüngere Generation, die wir unbedingt in unserer Partei benötigen, spricht diese Bezeichnung nicht an.

46

47 Die Fundamente einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten wurden vor 30 Jahren zerschla-  
48 gen. Nicht nur die maroden, auch die tragfähigen. Wichtige Potenziale in der Nachwendege-  
49 sellschaft wurden gezielt blockiert. Das ist mehr als ein Kratzer im Lack der deutschen Wie-  
50 dervereinigung. Eine ganze Generation fehlt im Osten. Der generelle Fachkräftemangel zeigt  
51 sich hier schon zugespitzter als in Westdeutschland. Bezahlbare Pflege und barrierefreies  
52 Wohnen und Leben werden zunehmend elementar. Mit dem notwendigen Ausstieg aus der  
53 Kohle verliert Sachsen-Anhalt die letzten Kerne der alten Bergbau-Industrie. Das geht einher  
54 mit erschwerten Bedingungen für die hiesige chemische Industrie. Der Umbau der Reviere

**ÄA-Nr. 5.4.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 53/54:

„Das geht einher mit erschwerten Bedingungen für die hiesige chemische Industrie.“ strei-  
chen.

Begründung: Die chemische Industrie hat keine erschwerten Bedingungen, sondern ver-  
günstigte Bedingungen zum Beispiel bei den Energiepreisen. Dazu schreibt das statistische  
Landesamt zum 3. Quartal 2021: „Unter den großen Wirtschaftszweigen konnte die Her-  
stellung von chemischen Erzeugnissen die beste Spartenkonjunktur verbuchen (+22,5 %) und die Stellung als bedeutendster Industriezweig des Landes ausbauen.“ Und die zustän-  
dige Gewerkschaft IG BCE schreibt: „Die Chemie- und Pharmaindustrie blickt auf ein wirt-  
schaftlich äußerst erfolgreiches Jahr 2021 zurück, hohe Auslastung der Anlagen und satte  
Gewinne auf der einen Seite; Leistungsverdichtung und Stress auf der anderen Seite.“ Wir  
stehen an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht an der Seite „der Industrie“.

55

56 muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und  
57 Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft und Forschung in Sachsen-Anhalt. Die Entwicklung neuer,  
gut bezahlter Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.

**ÄA-Nr. 6**

Antragsteller:innen: Jennifer Lemke und SV Magdeburg

Zeilen 54 - 57

„Der Umbau der Reviere muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden,  
sondern auch im Auf- und Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft und Forschung in Sachsen-  
Anhalt. Die Entwicklung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für  
gelingenden Strukturwandel.“

Abschnitt ersetzen durch:

*Der Umbau der Reviere muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und Ausbau zukunftsfähiger Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Die Menschen in der Region dürfen nicht wieder enttäuscht werden. Die Entwicklung nachhaltiger Arbeitsplätze ist dabei eine entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.*

Begründung:

Der Aufbau von Wirtschaft darf niemals unser einziges Ziel sein. Wir können nicht zur Stimme des (rot angestrichenen) Kapitals werden. Neben nachhaltiger Arbeit (also Einhaltung der 17 SDGs) müssen für uns auch die Lebensbedingungen in der Strukturwandelregion im Vordergrund stehen.

***Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:***

*„Der Umbau der Reviere muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft, Forschung und Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Die Entwicklung neuer, gut bezahlter und nachhaltiger Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.“*

58

59 Im Osten verfestigen sich antidemokratische und rassistische Stimmungen. Die Ablehnung

**ÄA-Nr. 7**

Antragsteller:innen: Jennifer Lemke und SV Magdeburg

Zeile 59 wie folgt ändern:

Im Osten **und Westen** verfestigen sich antidemokratische und rassistische Strukturen. **Lediglich die Ursachen dafür unterscheiden sich.** Die Ablehnung ...

Begründung:

Wir sollten nicht das Bild verfestigen, dass es ausschließlich im Osten diese Tendenzen gibt.

60 der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung werden eingewoben in eine Widerstandserzählung

61 gegen angebliche staatliche Willkür. DIE LINKE war immer Anlaufpunkt für antifaschistisches

62 und demokratisches Engagement. Gerade auch in Regionen, wo Rechtsextreme stark waren

63 und sind. Aus unserer Solidarität schöpfen wir Kraft und wir geben den Betroffenen rechter

64 Gewalt Halt. Antifaschismus und Antirassismus in der LINKEN ist Teil unseres historischen

65 und kulturellen Selbstverständnisses, ist gelebter Widerstand und Selbstermächtigung.

**ÄA-Nr. 4**

Antragsteller:innen: Siegfried B. Kratz, Iris Gottschalk (SV Magdeburg)

**Ablehnung des GÜZ und anderer militärischen Einrichtungen die als Kriegseinsatzvorbereitungsorte unter Einbeziehung von NATO-Streitkräften, im Bundesland, dienen**

Einfügen neuer Text nach Zeile 66:

Sachsen-Anhalt befindet sich auch unmittelbar im Spannungsfeld von Krieg und Frieden unter anderem durch das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide. Hier bereiteten sich gerade zu Beginn dieses Jahrs wieder tausende Soldaten aus vielen europäischen Ländern auf Ihren Einsatz in Krisengebieten vor, darunter Spezialisten, die innerhalb

weniger Tage an jedem Ort der Welt einsatzbereit sein sollen. Auch das befeuert aktuell die Eskalation der militärischen Konflikte zwischen Nato und Russland.

DIE LINKE fordert deshalb seit Jahren als einzige Partei konsequent das Verbot von Waffenexporten und keine Ausbildung wie o.g.. Dazu fordern wir: Die Colbitz-Letzlinger Heide muss wieder friedlichen Zwecken und dem Naturschutz sowie Tourismus dienen.

Begründung:

Der Landtag Sachsen-Anhalts beschloss 1991 eine ausschließlich zivile Nutzung u.a. der Colbitz-Letzlinger-Heide. Ein Förderverein Naturpark sowie ein Zweckverband der Anrainer wurden gegründet. Entgegen allen fortschrittlichen Vorhabens beschloss der Bundestag 1993 die Weiterführung des Truppenübungsplatzes, worauf die Besetzung von 23.000 ha Natur / Heidelandschaft durch die Bundeswehr erfolgte, bis zum heutigen Ausbau einer Übungsstadt incl. Wasserlauf, U-Bahn, Hochhaus, Elendsviertel, Religionshaus usw. Dafür wurden ca. 200 Mill. € Steuermittel verwendet. Auch hier findet Auf/Rüstung statt. Wir, DIE LINKE, mit unserer Friedens-DNA können, wollen und dürfen uns damit nicht abfinden. „War starts here!“

***Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:***

*„Sachsen-Anhalt befindet sich auch unmittelbar im Spannungsfeld von Krieg und Frieden unter anderem durch das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide. Hier bereiten sich gerade zu Beginn dieses Jahrs wieder tausende Soldaten aus vielen europäischen Ländern auf Ihren Einsatz in Krisengebieten vor, darunter Spezialisten, die innerhalb weniger Tage an jedem Ort der Welt einsatzbereit sein sollen. DIE LINKE fordert deshalb seit Jahren als einzige Partei konsequent das Verbot von Waffenexporten und keine Ausbildung wie o.g.. Dazu fordern wir: Die Colbitz-Letzlinger Heide muss wieder friedlichen Zwecken und dem Naturschutz sowie Tourismus dienen.“*

66

67

68

**Solidarität oder Ellenbogen**

69

70

Die neue Bundesregierung hat enttäuscht, bevor sie noch im Amt war: Die Steuerentlastung für Normal- und Geringverdiener:innen ist mit der FDP nicht zu machen, weil sie den Vermögenden verpflichtet bleibt. Damit starten SPD und Bündnisgrüne mit dem Bruch eines zentralen Wahlkampfversprechens in die Regierung. Die Pläne zur Zerschlagung der Bahn waren ein erster Testballon für die Akzeptanz erneuter Privatisierungen. Weiter geht es also im alten Modus, den wir schon aus der Coronapolitik kannten: der Staat kann solange machen, wie es den Reichen nützt. Gleichzeitig werden nun Modernisierungen des Landes angekündigt, die die konservative Union schmerzhaft lange blockiert hat. Die neue Bundesregierung will das Staatsbürger- und das Wahlrecht liberalisieren, Paragraf 219a und das Transsexuellengesetz sollen endlich abgeschafft werden. Diese Koalition gibt an Freiheit mit vollen Händen aus, wogegen sie an Umverteilung spart. Ein Gutteil des Zuspruchs (für Grüne und Liberale) ist eben auch der Hoffnung der Wähler:innen geschuldet, man bekomme die großen Zukunftsaufgaben schon irgendwie gelöst innerhalb des kapitalistischen Systems.

83

84

Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir da sind als linke Opposition, als unbestechliche soziale Kraft. Wir verteidigen jeden Schritt, der Frauen das Recht über ihren Körper gibt. Wir sind an der Seite derer, die sich ihr Selbst und ihr Leben in Widerspruch zu falschen Normen erkämpfen müssen. Wir wollen einen Staat, der die Bürgerrechte mit den Menschenrechten

85

86

87



88 zusammen denkt. Aber wir wissen auch, dass Freiheit eine soziale Basis braucht, dass Zusam-  
89 menhalt auf gleichen Rechten, aber auch auf ähnlichen Lohnzetteln basiert. Demokratie zeigt  
90 in unseren Augen ihre Kraft, wenn sie allen Kindern unabhängig von den Möglichkeiten des  
91 Elternhauses die bestmögliche Bildung bietet, wenn sie Steuergerechtigkeit herstellt und den  
92 Selbstbedienungsladen ganz weit oben stoppt. Doch das alles packt die Ampel nicht an. Im-  
93 mer mehr Haushalte verlieren Einkommen und Kaufkraft, die Mittelschichten schrumpfen, so-  
94 zialer Aufstieg ist blockiert wie lange nicht. Statt eine Rentenreform anzugehen, will die Am-  
95 pel mit der Aktienrente an der Börse zocken. Dieses Ausblenden sozialer Schieflagen gilt  
96 auch für Klimaschutz und Verkehrswende, für den ökologischen Umbau der Gesellschaften,  
97 wenn der Energieverbrauch letztlich eine Frage des Preises ist.

**ÄA-Nr. 1.5.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

In Zeile 98 einfügen:

***Die privatkapitalistische Steuerung und Aneignung in der Wirtschaft müssen als Ursachen aller gesellschaftlichen Probleme benannt werden.***

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

98  
99

100 **DIE LINKE neu justieren**

101  
102 Es wird Zeit, unsere Gewissheiten zu prüfen. Und uns dabei nicht zu zerlegen, da warten an-  
103 dere nur darauf. Welche Rolle hat eine „Partei in Bewegung“, wenn Bewegungen stärker wer-  
104 den, DIE LINKE aber nicht? Warum können Solist:innen, die es doch in allen Parteien gibt, bei  
105 der LINKEN so viel Scheinwerferlicht beanspruchen? Welche Funktion hat DIE LINKE in der  
106 parlamentarischen Demokratie, die herausgefordert ist von rechts? Sagen wir Bündnispolitik  
107 „ja“, opponieren „ja“, aber regieren „jein“? Wir sind bei dieser Bundestagswahl angetreten mit  
108 Konzepten, die erst mal durchgesetzt sein wollen: Der Umbau der Krankenversicherungen zu  
109 einer Bürgerversicherung für alle. Ein Rentensystem, das den Lebensstandard auch ohne pri-  
110 vates Aktiendepot garantiert. Ein Mindestlohn, der Existenz sichert und nicht schnurstracks in  
111 die Altersarmut führt. Ein Steuerkonzept, das weit mehr ist als eine Millionärsabgabe, das um-  
112 verteilt, das vor allem mittlere und kleinere Einkommen stärkt. DIE LINKE steht nicht mit lee-  
113 ren Händen da. Aber mit leeren Versprechen, wenn Regieren per se abgelehnt wird. Die Ab-  
114 stimmung zur Evakuierungsmission aus Afghanistan ist deshalb mehr als die Frage einer  
115 Standortbestimmung, bei der es sicherlich gute Gründe für jedes individuelle Votum gab. Es  
116 geht vielmehr darum, dass wir uns in der (Bundes-)Politik etwas leisten, was in Regierungsver-  
117 antwortung für DIE LINKE undenkbar ist: Wir werten ideologische Positionen höher als die Fol-  
118 gen unserer Entscheidungen. Wenn der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Partei wichti-  
119 ger als deren Relevanz in der Gesellschaft wird, dann verliert DIE LINKE. Das wissen wir seit  
120 Jahrzehnten, nun ist es höchste Zeit, daraus Lehren zu ziehen. Die Bundestagswahl und die  
121 vergangenen Wahlzyklen haben uns allerdings schmerzhaft gezeigt, wir verlieren und gewin-  
122 nen nur gemeinsam.

**ÄA-Nr. 1.6.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeilen 102 bis 122 streichen und ersetzen durch:

**Es ist notwendig unter Einbeziehung aller Mitglieder der Partei, eine tiefgründige Analyse der Ursachen für die katastrophalen Wahlergebnisse der letzten Jahre durchzuführen. Alle Strömungen und Gliederungen der Partei müssen Gehör finden. Die Ausrichtung der Partei zu den letzten Wahlen, speziell: unbedingte Regierungsbeteiligung unter Aufgabe des „Erfurter Programms“, muss auf den Prüfstand. Meinungen und Haltungen, die im Gegensatz zum gültigen Parteiprogramm stehen, dürfen nicht maßgebend für die Partei sein oder werden. DIE LINKE muss eine Klassenpartei sein, damit sie als einzige wirklich linke Partei im Bundestag erkennbar bleibt.**

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

123

124 Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich in neuer Schnelligkeit und Komplexität, die Digitalisie-  
125 rung ist mehr als technische Begleitmusik. Das Internet beeinflusst die Art, wie Menschen  
126 sich informieren, bilden und begegnen. Ganze Berufsgruppen verschwinden in der Automati-  
127 sierung, dafür wächst eine neue Dienstleistungsbranche, die der ganz alten Dienstklasse äh-  
128 nelt: Den Boten und Hausangestellten, Tagelöhner:innen und Lastenschleppern. Die Welt ver-  
129 netzt sich immer dichter, und baut gleichzeitig ihre Grenzzäune immer höher. Dieses Grund-  
130 rauschen bestimmt das Denken und Fühlen der Menschen vielleicht mehr als dass es sich in  
131 unserer Arbeit niederschlägt. Der Wandel der Arbeitswelt, die Zweifel an der Stabilität von  
132 Staatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit, die Folgen technischer Innovation für Demokratie,  
133 Frieden und Bildung sowie industrie- und finanzpolitische Expertise gehören stärker in unser  
134 Blickfeld. Hierzu brauchen wir neue programmatische Ansätze, die auch gesellschaftliche De-  
135 batten voranbringen.

136

137 Im Angesicht der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen, des neuen Wechsel-  
138 spieles zwischen Zivilgesellschaft und Parlament und den Erfolgen charismatischer Politik auf  
139 der Welt erscheint die deutsche Parteienlandschaft noch vergleichsweise behäbig. Aber unter  
140 den Bedingungen immer kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es nicht nur auf unsere Er-

**ÄA-Nr. 1.7.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeilen 140-141 wie folgt ändern:

... kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es ~~nicht nur~~ **vor allem** auf unsere Erkennbarkeit ankommen, ~~sondern eben~~ **aber** auch auf unsere Anschlussfähigkeit.

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

141

142 kennbarkeit ankommen, sondern eben auch auf Anschlussfähigkeit. Bevor wir rote Linien zie-  
143 hen, brauchen wir Verbindungen in eine Gesellschaft im Wandel. Könnten wir vielleicht nicht  
im Kampf für eine wirkliche Agrarwende, gesunde Lebensmittel und gerechteren Welthandel

144 mehr für Frieden und Umweltschutz tun als mit der hundertsten Pressemitteilung zur NATO?  
145 Müssten wir nicht unsere sicherheitspolitischen Konzepte plausibler machen, gerade weil un-  
146 sere Kritik so berechtigt ist, an Geheimdiensten, die bis heute die Aufklärung zum NSU-Terror  
147 verhindern. Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?

**ÄA-Nr. 1.8.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 147 – Satz wie folgt ändern:

~~Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?~~

**Wir wollen als linke Partei mit an der Spitze der Bewegungen für Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt stehen. Dies muss jeder an unseren Programmen erkennen können.**

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

148

149

**Kräfte sammeln, Kräfte zeigen**

150

151

152 Heben wir wieder den Kopf und bleiben wir zusammen. Unsere Kraft wurzelt im Ehrenamt.  
153 Eine Mitgliederpartei sitzt nicht auf Informationen, sondern gibt sie weiter. Die ostdeutschen  
154 Landesverbände stehen längst vor ähnlichen Strukturfragen wie die im Westen: Mitgliederent-  
155 wicklung, Kampagnenfähigkeit, Kommunikation. Kreisvorstände kommen neu ins Amt und  
156 müssen Konflikte moderieren, die wir lange Zeit – im Osten – nicht kannten. Wir sind dankbar  
157 all denen, die Verantwortung übernehmen, im Ehrenamt, am Infostand, in den Vorständen,  
158 den Kommissionen der Partei. Und denen dankbar, die auch in der Krise standfest bleiben,  
159 die Partei vor Ort zusammenhalten. Und wir anerkennen, wenn Übergaben strukturiert wer-  
160 den und Genoss:innen neu in die Verantwortung kommen. Wir brauchen programmatische Er-

**ÄA-Nr. 1.9.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeilen 160/161 Satz streichen:

~~... in die Verantwortung kommen. Wir brauchen programmatische Erneuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können. Mehr Kraft gehört ...~~

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

161 ~~neuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können.~~

162 Mehr Kraft gehört in die Ansprache neuer Mitglieder und die Einbindung derer, die da sind.

163 Dazu soll die Mitgliederarbeit vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt

164 werden. Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand eine:n Mitgliederbeauftragte:n,

165 die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und Stadtverbände regelmäßig zu-

166 sammentritt, sich austauscht und Formate entwickelt. Ein jährliches Mitgliedertreffen soll ge-

167 nau so erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreis- und Stadtverbands-

168 ebene oder auch Landesebene.

169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198

Als aktive Mitgliederpartei ermöglichen wir Diskussionsräume, Begegnung und Austausch. Der Benndorfer Parteitag hat gezeigt, die Stärke der LINKEN besteht im Zuhören, darin andere Perspektiven aufzunehmen und den ländlichen Raum zu stärken. Gerade auch in Vorbereitung der Kommunalwahl wollen wir dieses Format wieder aufnehmen. In den kommenden Jahren werden wir mit Werkstätten die strukturelle und programmatische Weiterentwicklung unserer Partei vorantreiben. Dabei sind die neuen Online-Formate genauso essenziell für die Mitgliederbindung wie Aktiventreffen und sollten weiterhin ergänzend genutzt werden. Für uns als sozialistische Partei war es von Anfang an notwendig zusammenzukommen und uns auszutauschen. Unsere Partei lebt vom gemeinsamen Miteinander, sei es bei Aktionen, Demonstrationen, Basis- oder Ortsverbandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Picknicks usw. Die Corona-Pandemie hat vieles davon unterbunden, selbstverständlich wollen wir daran wieder anknüpfen sobald dies möglich ist. Politische Bildung ist ein fester Bestandteil einer aktiven Mitgliederpartei. Hier müssen wir wieder besser werden. Wir wollen wieder verstärkt die eigenen Potenziale im Land hierfür nutzen, aber auch auf Kompetenz der Bundesebene und unserer Partner:innen, wie etwa das Kommunalpolitische Forum oder die Rosa-Luxemburg-Stiftung stärker zurückgreifen.

Die Geschäftsstellen der Partei und DIE LINKE in den Parlamenten sind wichtige Kraftzentren, in denen die meisten Ressourcen konzentriert sind. Die Wahlniederlagen haben bittere Konsequenzen auf allen Ebenen; wir verlieren Abgeordnete, Mitarbeiter:innen, Büros, Wissen, Geld und Zeit. DIE LINKE steht vor einer enormen Kraftanstrengung, gemeinsam Strukturen zu erhalten oder zu ersetzen. Unsere Abgeordneten stehen dabei immer in einer besonderen Verantwortung. Und die Partei steht zu den Abgeordneten, die unsere öffentlichen Gesichter

**ÄA-Nr. 5.5.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 192 wie folgt ändern:

„Die Abgeordneten stehen zur Partei und die Partei steht zu den Abgeordneten ...“

Begründung: Bevor die Partei zu den Abgeordneten steht, stellen wir diese Personen auf unseren Listen auf und erwarten, dass sie auch zur Partei und zum Programm der Partei stehen.

sind. Eine wesentliche Aufgabe besteht für DIE LINKE in der Herstellung von kritischer Öffentlichkeit und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für unterrepräsentierte Interessen und Grup-

**ÄA-Nr. 1.10.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 194 Einfügung wie folgt:

... und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für **die Friedensbewegung und für** unterrepräsentierte Interessen und Gruppen.

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

pen. Wir zeigen auf, was schief läuft im Land. Und wer dafür verantwortlich ist. Und wie man zusammen aktiv wird. Wir machen soziale Verwerfungen transparent, eben auch denen, die nicht davon betroffen sind. Damit ist mehr gemeint als Gegen-Öffentlichkeit in den eigenen Kanälen. Es geht darum, die eigenen Konzepte verstehbar und zustimmungsfähig zu machen,

199 auch außerhalb der eigenen Twitterblase. In einer Gesellschaft, in der es so gut wie keine  
200 Transparenz über das enorme Vermögen von Superreichen gibt, bleibt vielen unklar, was an  
201 der Reichensteuer dringlich ist. Wir brauchen Konzentration bei unseren Themen und bei un-  
202 serer Ansprache. Es macht einen Unterschied, ob wir eine Rentenreform fordern, oder auch  
203 konkrete Vorschläge zur Umsetzung machen und dabei gute Erfahrungen anderer Länder in  
204 Europa mit auf den Tisch legen. Viel gewonnen wäre, wenn Genoss:innen über linke Politik in  
205 ihrem jeweiligen Kontext erzählen, analog und digital. Lassen wir von uns hören, eben auch  
206 bei unseren Erfolgen im Gemeinderat. Nur so kann das Wechselspiel aus organisierter und in-  
207 dividueller Kommunikation funktionieren.

208  
209 DIE LINKE wird vielfältiger, bei uns und bundesweit. Bündnispolitik ist oft bereits ganz selbst-  
210 verständliche Praxis derer, die als Aktivist:innen zu uns kommen, besonders auch im Jugend-  
211 verband. In konkreten Kämpfen, in gemeinsamen Protesten erleben Menschen politische  
212 Kraft. Dort fangen sie an, sich im besten Fall für DIE LINKE zu interessieren. DIE LINKE in  
213 Sachsen-Anhalt ist aktiv in Bündnissen gegen den Lehrermangel und gegen Kinderarmut, für  
214 kostenfreie Kitas. Wir sind wieder Teil der Studierendenproteste in Halle, dem Kampf ums  
215 Krankenhaus in Gardelegen und Havelberg, der Lohn- und Tarifstreiks im Osten. Wir haben  
216 bundesweit organisierte Kompetenz, Erfahrung und Menschen mit Ideen. Die Zusammenar-  
217 beit sowohl im Land als auch mit der Bundesebene soll wieder stärker werden. Wir reden  
218 nicht mehr so viel über Berlin, Magdeburg oder den ländlichen Raum, wir fahren hin oder la-  
219 den zu uns ein. Auch in Sachsen-Anhalt machen wir Haustürwahlkampf, Sozialberatung und  
220 mobile Sprechstunden. Probieren wir aus, bevor wir kritisieren. Hören wir denen zu, die es  
221 praktizieren. Wir müssen Neues lernen und organisieren: Wenn wir digitale Angebote auswei-  
222 ten, dann ohne diejenigen abzuhängen, denen es an Technik oder Praxiserfahrung fehlt.

223  
224 Wir machen Politik auf allen Ebenen. Wir fördern die fachliche Arbeit, den Austausch und die  
225 Vernetzung von Mitgliedern, Arbeitsgemeinschaften und Kommunalpolitiker:innen. In den  
226 kommunalen Räten verwenden viele von uns ihre Zeit und Kraft, noch neben der Erwerbsar-  
227 beit. Lasst uns mehr darüber reden: Unsere Arbeit muss sichtbarer werden. Die Europa- und  
228 Kommunalwahlen werden die nächste Bewährungsprobe für DIE LINKE. In den kommenden  
229 Jahren stehen zudem Oberbürgermeister:innen- und andere herausgehobene Wahlen in Sach-  
230 sen-Anhalt an. Der Erfolg von Silvia Ristow in Bernburg hat uns gezeigt, wir sind erfolgreich  
231 mit Verankerung, Kompetenz und Vertrauen vor Ort. Die Kreisvorstände verständigen sich mit  
232 dem neuen Landesvorstand über die Ansprache von Kandidat:innen sowie die inhaltlichen  
233 Schwerpunkte für die Kommunalwahlen. Die auch für Nichtmitglieder offenen Listen und die  
234 parteiübergreifende Unterstützung von Bewerbungen zu herausgehobenen Personenwahlen  
235 bleiben dabei wichtige Instrumente.

236  
237

## 238 **Brücken schlagen**

239

240 Wir müssen aufhören, Zielgruppen und Sozialräume gegeneinander zu diskutieren. Wir sagen,  
241 Hartz IV muss weg, aber eben auch, dass zehn Millionen Menschen mehr verdienen als einen  
242 Armutslohn und eben auch, dass gut bezahlte Facharbeiter:innen und Angestellte steuerlich  
243 entlastet werden müssen. Wir wissen, dass höhere Parkgebühren erst dann sozial und ökolo-  
244 gisch wirken, wenn der Bus regelmäßig fährt. Die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse ist

**ÄA-Nr. 5.6.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg

Zeile 243 ff.:

„Wir wissen, dass höhere Parkgebühren erst dann sozial und ökologisch wirken, wenn der Bus regelmäßig fährt“ **ersetzen durch:**

„Höhere Parkgebühren in den Städten müssen mit deutlich gesenkten Preisen für Bus und Bahn einhergehen, ländliche Räume müssen besser mit Bus und Bahn erschlossen werden.“

Begründung: Mit dem neuen Text verbinden wir Stadt und Land. In den Städten, in denen Parkgebühren erhoben werden, fahren Busse (ÖPNV), in Dörfern, in denen keine Busse fahren, gibt es keine Parkgebühren.

245 relevant für Ost und West, Stadt und Dorf, Mann und Frau, Bürger:in und Mensch. Das Thema  
246 Ost kann anschlussfähig sein in den Westen, weil Diskriminierung beides ist: eine Frage öko-  
247 nomischer und kultureller Herabsetzung. Ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung hat  
248 migrantische Wurzeln. Fast zehn Millionen Menschen dürfen nicht einmal den Bundestag  
249 wählen. Wir fordern ein modernes Staatsbürgerrecht, genauso wie mehr Ostdeutsche und  
250 Frauen in Spitzenfunktionen. Wir sehen, wer in der Bundesrepublik mit Niedriglöhnen abge-  
251 speist wird, ein Drittel (!) der Beschäftigten im Osten, ein Viertel im Westen, dort vor allem  
252 Frauen und Migrant:innen. Im Bundestag hat DIE LINKE den höchsten Anteil an Menschen mit  
253 Migrationsgeschichte aller Fraktionen. Damit sind wir näher dran an den Veränderungen dies-  
254 er Republik als viele andere. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das wird so blei

**ÄA-Nr. 1.11.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 254 Einfügung wie folgt:

... Wir sind die Partei ~~der~~ **für Frieden und** soziale Gerechtigkeit ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

**Der Landesvorstand übernimmt.**

255 ben. Wir blicken nicht mit kalter Schulter auf andere herab. Wir wollen ein Europa, das keine  
256 Kinder vor einem Grenzzaun erfrieren lässt. Wir reden nicht einer Rente das Wort, die in die

**ÄA-Nr. 1.12.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 256 Einfügung wie folgt:

... erfrieren lässt. **Wir benennen die Ursachen von Flucht und Vertreibung und ringen um ihre Beseitigung.** Wir reden nicht ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

257 Armut führt. Wir stopfen uns nicht die eigene Tasche voll, indem wir in der Pandemie Provisio-  
258 nen für Masken kassieren. Wir werben nicht mit dem „Land der Frühaufsteher“, wenn Leute  
259 früher aufstehen müssen, um stundenlang zur Arbeit zu pendeln.

260

261 Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Angst; für ein Land, das die Freiheit des anderen ge-

**ÄA-Nr. 1.13.**

Antragsteller:innen: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren, Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz, Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller, Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug, Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf (alle KV Harz)

Zeile 261 Einfügung wie folgt:

... für eine ***friedliche*** Gesellschaft ohne Angst; für ein Land ...

**Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich

262 nauso schätzt wie die eigene.

263

264 Dafür kämpft DIE LINKE. **Macht mit.**

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300  
301  
302  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317

## **Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt**

Beschluss der 1. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am  
14. September 2007, geändert durch Beschluss der 2. Tagung des 1. Landes-  
parteitages am 20./21. September 2008, geändert durch Beschluss der 3. Tagung  
des 3. Landesparteitages am 17. November 2012, geändert durch Beschluss der 2. Tagung  
des 5. Landesparteitages am 20./21. Juni 2015, geändert durch Beschluss der 2. Tagung des  
7. Landesparteitages am 11. Oktober 2020

### **Auszüge der Paragraphen, zu denen Änderungsanträge vorliegen**

#### **§ 10 Geschlechterdemokratie**

(1) Die politische Willensbildung von Frauen im Landesverband Sachsen-Anhalt ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Frauen haben das Recht, innerhalb des Landesverbandes Sachsen-Anhalt eigene Strukturen aufzubauen.

#### **Antrag 1 zur Änderung der Satzung – Doppelt quotierte Redeliste**

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

*§ 10 (2) Landessatzung alt:*

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt.

*Zu ersetzen durch § 10 (2) Landessatzung neu:*

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt gelten die Regelungen der doppelt quotierten Redeliste. Vorausgesetzt entsprechender Wortmeldungen reden Frauen und Männer abwechselnd, Wortmeldungen von Personen ohne vorherigen Wortbeitrag auf der Versammlung oder in dem Gremium rücken auf der jeweiligen Redeliste auf die oberste Position.

#### Begründung:

Jede Partei lebt von Beteiligung und jeder Parteitag von der Beteiligung möglichst Vieler. Es kommt dabei darauf an, auch die Stimmen derer hörbar zu machen, die nicht im professionellen Politikbetrieb zu Hause sind, die zurückhaltender sind und sich seltener zu Wort melden. Eine doppelt quotierte Redeliste macht es neueren, mit den Abläufen und Formalia noch nicht ganz so vertrauten Genoss\*innen einfacher, ihre Auffassungen und Ideen zu äußern, wohingegen eine Einreihung hinter viele Viel-Redner\*innen eine abschreckende Wirkung hat. Jede Stimme ist gleich viel wert in der Partei DIE LINKE und so übernimmt der



Landesparteitag offiziell eine Praxis in die Landessatzung, die von den allermeisten Versammlungen und Gremien der LINKEN in Sachsen-Anhalt und auch bundesweit bereits Anwendung findet und zum üblichen Umgang gehört.

318 (2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sprechen, un-  
319 ter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Re-  
320 delisten werden getrennt geführt.

321 (3) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird auf An-  
322 trag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Frauen ein die Versammlung unter-  
323 brechendes Frauenplenum durchgeführt. Über einen in diesem Frauenplenum abgelehnten  
324 Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Ver-  
325 sammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

326 (4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grund-  
327 sätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den  
328 Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreisver-  
329 bände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnah-  
330 men beschließen. Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter  
331 dem Frauenanteil des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31. Dezember  
332 des letzten Jahres liegen.

333 (5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kom-  
334 munale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der  
335 Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlagslisten sind einer  
336 der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehal-  
337 ten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit  
338 der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

339  
340 ...

#### 341 342 **§ 14 Aufgaben des Landesparteitages**

343 (1) Der Landesparteitag ist das höchste Organ des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Er berät  
344 und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen. Er wird für die  
345 Dauer von zwei Jahren gewählt.

346 (2) Dem Landesparteitag vorbehalten ist die Beschlussfassung über:

347 a) die politische Ausrichtung, die Grundsätze und das Programm des Landesverbandes Sach-  
348 sen-Anhalt,

349 b) die Satzung sowie die Wahlordnung und die Schiedsordnung des Landesverbandes Sach-  
350 sen-Anhalt,

351 c) die Wahlprogramme zu Landtagswahlen und die Rahmenwahlprogramme zu Kommunal-  
352 wahlen,

353 d) die grundsätzlichen Richtlinien zur Finanzierung der politischen Arbeit, einschließlich der  
354 Landesfinanzordnung,

355 e) den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes und den Prüfbericht der Finanzrevisionskom-  
356 mission,

357 f) die Wahl und Entlastung des Landesvorstandes,

358 g) die Bildung und Auflösung von Kreisverbänden,

- 359 h) die Auflösung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt.
- 360 (3) Darüber hinaus berät und beschließt der Landesparteitag über an ihn gerichtete Anträge.
- 361 (4) Der Landesparteitag beschließt über den Bericht des Landesausschusses zur
- 362 Parteientwicklung.
- 363 (5) Der Landesparteitag nimmt Stellung zur Arbeit der Landtagsfraktion auf der
- 364 Grundlage deren Berichtes. Er entscheidet über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerie-
- 365 rung von Minderheitsregierungen auf Landesebene.
- 366 (6) Der Landesparteitag nimmt den Bericht der Landesschiedskommission entgegen.

**Antrag 3.1. zur Änderung der Satzung – Zusammensetzung des Landesvorstandes**

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)

Satzungsänderung: Zusammensetzung Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 14 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) Der Landesparteitag wählt:

alt: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

neu: a) die beiden Landesvorsitzenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung, wobei eine:r weder Mandatsträger:in auf Landes- oder Bundesebene sowie in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis von der Partei sein darf.

Begründung:

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung der Geschlechter. Uns selbst ist die Quotierung in all unseren Gremien und Strukturen ein wesentliches Merkmal. Bei uns kann jede:r Verantwortung übernehmen, denn DIE LINKE ist eine zutiefst basisdemokratische Partei. Daher ist neben der Quotierung auch das Teilen von Macht inhärent. Wir agieren auf Augenhöhe und versuchen, Hierarchien möglichst flach zu halten. Deswegen gilt es auch, die Macht an der Spitze zu teilen und zu verteilen. Dies bietet eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszubauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und anschlussfähiger für viele Menschen zu sein. Doppelspitzen haben weiterhin den Vorteil der Aufgaben- und Kompetenz-Aufteilung nach innen und nach außen. Die hälftige Unabhängigkeit des Landesvorsitzenden-Duos garantiert, dass die Satzung der Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt greift, wonach die Landesvorsitzenden an den Treffen der Fraktionsführung teilnehmen dürfen, um die politische Arbeit der Fraktion zu überprüfen und eventuell im Sinne der Partei Einfluss auf Entscheidungen der Fraktion zu nehmen.

**Antrag 3.2. zur Änderung der Satzung – Zusammensetzung des Landesvorstandes**

Antragsteller:innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Florian Fandrich, Michael Finger, Alexander Sorge, Jutta Walther (KV Saalekreis)

Satzungsänderung: Zusammensetzung Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

§ 14 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt:

(7) Der Landesparteitag wählt:

Alt: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

Neu: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden oder die beiden Landesvorsitzenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung

Begründung:

Es handelt sich um eine Alternative zum Antrag 3 – Zusammensetzung des Landesvorstandes aus dem ersten Antragsheft zum abgesagten LPT 2021, die zumindest die Möglichkeit der Doppelspitze herstellen soll. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

***Der Landesvorstand unterstützt diesen Antrag.***

367 (7) Der Landesparteitag wählt:

368 a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

369 b) die/den Landesgeschäftsführerin/Landesgeschäftsführer,

370 c) die/den Landesschatzmeisterin/Landesschatzmeister,

371 d) die stellvertretenden Landesvorsitzenden,

372 e) die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes,

373 f) die Mitglieder des Bundesausschusses,

374 g) die Mitglieder der Landesschiedskommission,

375 h) die Mitglieder der Finanzrevisionskommission.

376

377 ...

378

379 **§ 15 Zusammensetzung und Wahl des Landesparteitages**

380 (1) Dem Parteitag gehören mit beschließender Stimme an:

381 a) mindestens 80 Prozent Delegierte aus den Gliederungen,

382 b) die Delegierten des anerkannten Jugendverbandes,

383 c) die Delegierten aus den landesweiten innerparteilichen Zusammenschlüssen.

384 (2) Die Delegierten werden auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wahl soll spätestens  
385 vier Wochen vor dem Landesparteitag stattfinden. Davon unbenommen bleibt, dass der Lan-  
386 desausschuss auf Antrag des Landesvorstandes oder der Landesparteitag selbst eine Neu-  
387 wahl aller Delegierten beschließen kann. Unbenommen bleibt auch, dass die delegierende  
388 Versammlung jederzeit die Neuwahl ihrer Delegierten beschließen kann.

389 (3) Delegierte können im Verhinderungsfall durch Ersatzdelegierte vertreten werden, die nach  
390 gleichen Grundsätzen zu wählen sind.

391 (4) Der Delegiertenschlüssel wird durch den Landesvorstand bis zum 30. Juni jeden zweiten  
392 Jahres auf der Grundlage der Mitgliederzahlen zum 31. Dezember des Vorjahres für die bei-  
393 den folgenden Kalenderjahre festgestellt.

394 (5) Die Delegierten aus den Gliederungen werden von Mitglieder- oder Delegiertenversamm-  
395 lungen in Delegiertenwahlkreisen gewählt. Ein Delegiertenwahlkreis umfasst einen oder meh-  
396 rere territorial verbundene Kreisverbände. Die Delegiertenwahlkreise werden durch den Lan-  
397 desvorstand bis zum 30. Juni jeden zweiten Jahres festgelegt.

398 (6) Die Delegiertenmandate der Gliederungen werden entsprechend den Mitgliederzahlen  
399 paarweise im Divisorverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0; 1; 2; 3; ...) auf die Kreisver-  
400 bände verteilt.

**Antrag 7 zur Änderung der Satzung – Anzahl der Delegiertenmandate**

Antragsteller:innen: Landessprecher:innenrat der „Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 15 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) alt: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse sowie der Jugendverband  
quotiert je 2 Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

neu: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse 2 und der Jugendverband 4  
Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

Begründung:

Der Jugendverband „Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt“ sieht sich in seinem Selbstverständnis als Jugendverband der Partei DIE LINKE. Die Mitgliederzahl des Jugendverbandes hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, was aufzeigt das junge Menschen die Politik mitgestalten wollen. Er repräsentiert mit mehr als 500 Mitgliedern mehr Genoss:innen als die meisten Kreisverbände, erhält aber wie jede LAG nur 2 Delegiertenmandate. Dieser Umstand ist sowohl nicht mit den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vereinbar, bekommt aber zudem nach der herben Wahlniederlage der Partei DIE LINKE eine externe Brisanz.

Nach der Studie von Simon Schnetzer „Junge Deutsche 2021“ ist einer der Hauptfaktoren von Menschen aus „Generation Z“ (1995 bis 2009) und „Generation Y“ (1980 bis 1994) warum sie unzufrieden sind, ihre fehlende Repräsentation in der Politik. Gleichzeitig schneidet die Partei DIE LINKE bei unter 25-Jährigen mit 8 Prozent (Infratest) so schlecht ab wie keine andere demokratische Partei im Bundestag.

Um auch weiterhin relevant zu bleiben, braucht die Partei jetzt frische Ansätze, die eine neue Generation von Wähler:innen anspricht. Dies kann nur passieren, wenn die Repräsentant:innen dieser Altersgruppe im innerparteilichen Prozess eingebunden sind und das mit deutlich höherer Entscheidungskraft als innerparteiliche Zusammenschlüsse.

***Der Landesvorstand unterstützt diesen Antrag.***

401 (7) Die Delegierten aus den landesweiten Zusammenschlüssen werden durch landesweite  
402 Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen gewählt. Dabei erhalten landesweite Zusammen-  
403 schlüsse sowie der Jugendverband quotiert je 2 Delegiertenmandate mit beschließender  
404 Stimme. Die Anzahl dieser Mandate darf 20 Prozent der Gesamtzahl der Mandate nicht über-  
405 schreiten.

406 (8) Als Teilnehmer mit beratender Stimme nehmen am Landesparteitag teil:

407 - Mitglieder des Landesvorstandes,

408 - Mitglieder des Landesausschusses,

409 - Mitglieder der Landesschieds- und Landesfinanzrevisionskommission,

410 - Mitglieder des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im Parteivorstand,

411 - Abgeordnete der Partei im Landtag Sachsen-Anhalt, im Deutschen Bundestag und im

412 Europäischen Parlament aus Sachsen-Anhalt,

413 - Kreisvorsitzende und Vorsitzende der Kreistagsfraktionen der Partei, Stadtvorsitzende und

414 Vorsitzende der Stadtratsfraktionen der Partei in den kreisfreien Städten,  
415 sofern sie nicht Delegierte des Landesparteitages sind.  
416 Sie haben die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das  
417 aktive Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen.  
418 ...  
419  
420

## 421 § 18 Wahl und Zusammensetzung des Landesvorstandes

**Antrag 4 zur Änderung der Satzung – Begrenzung der Plätze für Mandatsträger:innen und Mitarbeiter:innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand**  
Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis)

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

*Einfügen in § 18 (1) Landessatzung:*

[...] Es dürfen maximal 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand an Mandatsträger:innen aus Bundestag und Landtag sowie den Mitarbeiter:innen der Fraktionen und den Mitarbeiter:innen der Abgeordneten besetzt werden.

Begründung:

Partei kommt vor Parlament, Basis vor Fraktion. Um die Unabhängigkeit des Landesvorstandes zu stärken, werden die Plätze für Mandatsträger:innen und deren direkten sowie indirekten Angestellten (Fraktionsmitarbeiter:innen) auf 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand begrenzt. Dies erlaubt dem Vorstand einen unverstellten Blick auf die Arbeit der Abgeordneten und die Bewegungsfreiheit – wenn nötig – kritisch auf Anträge oder Beschlüsse der Fraktionen zu reagieren.

- 422 (1) Der Landesvorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt mindestens 16 und maxi-  
423 mal 20 vom Landesparteitag zu wählenden Mitgliedern.
- 424 (2) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem Kalen-  
425 derjahr keine Wahl des Landesvorstandes stattgefunden, muss diese spätestens auf einem  
426 ordentlichen Landesparteitag im darauffolgenden Kalenderjahr stattfinden. Im Übrigen finden  
427 eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen auf Beschluss des Landes-  
428 parteitages statt.
- 429 (3) Zwischen den Vorstandstagungen kann die laufende Arbeit von einem Geschäftsführenden  
430 Landesvorstand geleitet werden.
- 431 Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus
- 432 a) der/dem Landesvorsitzenden,  
433 b) einer stellvertretenden Landesvorsitzenden, einem stellvertretenden Landesvorsitzenden  
434 oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden,  
435 c) einer Landesschatzmeisterin oder einem Landesschatzmeister,  
436 d) einer Landesgeschäftsführerin oder einem Landesgeschäftsführer,  
437 e) sowie mindestens 4 weiteren Vorstandsmitgliedern.

438 Der Geschäftsführende Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 7 Landesvor-  
439 standsmitglieder anwesend sind. Der Geschäftsführende Landesvorstand kann keine Be-  
440 schlüsse im Namen des Landesvorstandes fassen. Er ist dem Landesvorstand rechenschafts-  
441 pflichtig.

442

443 ...

444

445

446 **§ 34 Aufstellung von Wahlkreisbewerberinnen und Wahlkreisbewerbern**  
447 **sowie von Landeslisten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag**

448 (1) Die Aufstellung einer Wahlkreisbewerberin oder eines Wahlkreisbewerbers erfolgt in einer  
449 Versammlung aller wahlberechtigten Mitglieder des Wahlkreises oder in einer besonderen  
450 Vertreterinnen- und Vertreterversammlung des Wahlkreises (WahlkreisvertreterInnenver-  
451 sammlung).

452 (2) Die Kreis- und Stadtverbände legen per Beschluss fest, ob sie ihre Wahlkreisbewerber/-  
453 innen in Mitgliederversammlungen oder auf Vertreter/-innenversammlungen wählen. Sind an  
454 einem Wahlkreis mehrere Kreisverbände beteiligt, die sich abweichend voneinander für eine  
455 Wahlkreisvertreter/-innenversammlung bzw. Wahlkreismitgliederversammlung entschieden  
456 haben, werden die Bewerber/-innen durch eine Wahlkreismitgliederversammlung aufgestellt.

457 (3) Die Vertreterinnen und Vertreter für eine WahlkreisvertreterInnenversammlung werden  
458 unmittelbar durch territoriale Versammlungen aller wahlberechtigten Mitglieder des Wahlkrei-  
459 ses aus deren Mitte gewählt.

**Antrag 2.1. zur Änderung der Satzung – Mandatszeitbegrenzung**

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurz-  
weil (KV Burgenlandkreis)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 34 - Mandatszeitbegrenzung

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

*Einfügen in § 34 (4) Landessatzung:*

[...] Bei der Erstellung der Vorschlagsliste zur Bundestagswahl ist zu gewährleisten, dass nicht mehr als 75 Prozent der Bewerber:innen zwei oder mehr volle Legislaturen im Bundestag als Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger absolviert haben. Diese Quote bezieht sich auf die Anzahl der Plätze, die bei der letzten Wahl errungen werden konnten. Umfasst die aufzustellende Liste weniger Plätze, als DIE LINKE bei der letzten Wahl Mandate errungen hat, gilt diese Quote für den gesamten Vorschlag. Sobald die Quote erschöpft ist, können weitere langjährige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf den folgenden Listenplätzen kandidieren, für welche eine geringere Quotierung von 50 Prozent nach obigem Vorbild gilt. Mandatsträger:innen mit vier oder mehr Legislaturperioden in einem Parlament sollen nicht mehr kandidieren.

Begründung:

Die vergangenen Niederlagen bei verschiedensten Wahlen haben eines deutlich gemacht: Es darf kein Weiter-So geben. Daher beantragen wir hiermit eine **Erneuerungsquote**, welche keine harte Mandatszeitbegrenzung darstellt. Eine Fraktion sollte stets aus erfahrenen

Kräften und frischem Personal bestehen, um die professionelle Arbeit ebenso sicherzustellen wie den Zufluss neuer Ideen und Perspektiven. Das Personal-Problem der LINKEn wird sich nicht ohne strukturelle Veränderungen lösen lassen. Neue Köpfe müssen rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln und sich bekannt zu machen.

Die Erneuerungsquote ist so konstruiert, dass sie nicht neue Kandidat:innen bevorzugt, sondern langjährige Abgeordnete benachteiligt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nicht bei jeder Listenaufstellung nur die neuen Abgeordneten, die erst bei der letzten Listenaufstellung von der Regelung profitiert haben, wieder von der Liste verschwinden. Die Regelung bezüglich der Platzzahlen ist wichtig, damit nicht eine künstlich große Liste angelegt wird und die neuen Bewerber:innen dann auf aussichtslose Plätze verwiesen werden können.

Der Vorschlag bezieht sich nicht auf kommunale Mandatsträger:innen.

**Hinweis:** Die Satzungsänderung soll explizit auch für §35, also die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt gelten.

### **Antrag 2.2. zur Änderung der Satzung – Mandatszeitbegrenzung**

Antragsteller:innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Florian Fandrich, Michael Finger, Jutta Walther (KV Saalekreis)

#### Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 34 - Mandatszeitbegrenzung

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

*Einfügen in § 34 (4) Landessatzung:*

[...] Bei der Erstellung der Vorschlagsliste zur Bundestagswahl ist zu gewährleisten, dass unter den ersten vier Bewerber:innen wenigstens eine:r bisher höchstens eine volle Legislaturperiode als Mandatsträger:in absolviert hat. Gleichzeitig ist dort zu gewährleisten, dass unter den ersten acht Bewerber:innen wenigstens zwei bisher höchstens eine volle Legislaturperiode als Mandatsträger:in absolviert haben.

#### Begründung:

Es handelt sich zentral um die Abwandlung des Antrags 2 - Mandatszeitbegrenzung aus dem ersten Antragsheft zum abgesagten LPT 2021. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

**Hinweis:** Die Satzungsänderung soll explizit auch für § 35, also die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt gelten.

***Der Landesvorstand empfiehlt die Überweisung an den neuen Landesvorstand zur weiteren breiten Diskussion im Landesverband.***

460 (4) Die Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und die Festlegung ihrer Reihenfolge auf der Landesliste erfolgt in einer Versammlung aller wahlberechtigten Mitglieder  
461 oder in einer besonderen Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (LandesvertreterInnen-  
462 versammlung).  
463

464 (5) Die Vertreterinnen und Vertreter für eine LandesvertreterInnenversammlung  
465 werden unmittelbar durch territoriale Versammlungen aller wahlberechtigten Mitglieder aus  
466 der Mitte der im Land wahlberechtigten Parteimitglieder gewählt.

**Antrag 5 zur Änderung der Satzung – Generationengerechtigkeit bei Landeslisten zu Wahlen**

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikow (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg) Florian Fandrich (KV Saalekreis), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle), Nicklas Kurzweil (Burgenlandkreis)

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um folgenden Punkt (6) erweitert:

Über die Zusammensetzung einer Landesvertreter:innenversammlung zur Aufstellung einer Landesliste (Größe und Delegiertenschlüssel) und über das genaue Aufstellungsverfahren entscheidet spätestens im Jahr vor einer regulären Wahl der Landesparteitag, im Falle einer vorgezogenen Wahl kurzfristig ein Gremium aus Landesvorstand, der oder dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und den Kreisvorsitzenden. Der Beschluss zum Aufstellungsverfahren muss geeignete Verfahren zu einer angemessenen Berücksichtigung der Regionen und der Generationen auf der Landesliste enthalten.

Begründung:

Der demographische Wandel schreitet voran, und auch unsere Partei wird immer „älter“. Hingegen ist jede:r 5. Genoss:in unter 35. Diese Generationenrealität findet sich jedoch selten auf unseren Listen zur Landtags- und Bundestagswahl wieder.

Mit dieser Satzungsänderung wollen wir dem Thema „Generationengerechtigkeit“ mehr Relevanz geben. Das bedeutet also erstmal nur, dass wir uns selbst bzw. dem Landesvorstand, welcher ja meist die Personalvorschläge erarbeitet, das Thema und die Wichtigkeit dessen auf die Fahnen schreiben.

**Antrag 6 zur Änderung der Satzung – Transparenz bei Listenaufstellungsverfahren zu Landtags- und Bundestagswahlen**

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Nicklas Kurzweil (Burgenlandkreis)

Der Landesparteitag möge einschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um following Punkt (7) erweitert:

Bei Listenaufstellungen und der Erstellung von Personalvorschlägen zu Bundestagswahlen ist in den Bewerbungsunterlagen als auch den Wahlzetteln neben den Namen der Kandidierenden in gleicher Form und Größe deren Anzahl der vollen im jeweiligen Parlament absolvierten Jahre als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger zu nennen.

Begründung:

Hier geht es um eine höhere Transparenz. Wir wollen, dass sofort ersichtlich ist, wie lange der/die Kandidat:in schon im entsprechenden Parlament gewirkt hat – auch, damit vorhergesagte Erneuerungsquote so leichter nachzuvollziehen ist.



471 Für die Aufstellung von Wahlkreisbewerberinnen und Wahlkreisbewerbern sowie die Aufstel-  
472 lung der Landesliste für die Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt gilt § 34 entsprechend.

473

474

475 ...

476

477

478

479

480

481

482

483

484

485

486

487

488

489

490

491

492

493

494

495

496

497

498

499

500

501

502

503

504

505

506

507

508

509

510

511

512

513

514

515

516

517

518

519

520 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

521

522

523

524

## Finanzordnung

525

der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

526

527

(Beschluss der 1. Tagung des 1. Landesparteitages

528

der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 14. September 2007)

529

530

531

532 **Auszug Paragraph 4, auf den sich die Anträge beziehen**

533

534 ...

535

### § 4 Mandatsträgerbeiträge

536

1. Mitglieder von Parlaments- und Kommunalvertretungen mit dem Mandat der Partei DIE LINKE sowie Parteimitglieder, die öffentliche Wahlämter innehaben bzw. die in Wahrnehmung öffentlicher Wahlämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten Bezüge erhalten, leisten auf der jeweiligen Gliederungsebene der Partei neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen regelmäßig Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerbeiträgen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments entrichten ihren Mandatsträgerbeitrag entsprechend den Regelungen der Bundesfinanzordnung.
2. Die Höhe des Mandatsträgerbeitrages wird auf der jeweiligen Ebene auf der Grundlage von schriftlichen Vereinbarungen zwischen den Vorständen der Partei und den Mandatsträgerinnen und den Mandatsträgern festgelegt.

545

546

547

#### **Antrag 1 zur Änderung der Landesfinanzordnung im § 4 – Abgaben kommunaler Mandatsträger:innen**

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikow (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Der Landesparteitag möge die Landesfinanzordnung wie folgt ändern:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Für Vereinbarungen mit kommunalen Mandatsträger:innen sind Abgaben von mindestens 50 Prozent der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder festzulegen (ohne Verdienstausfall, Fahrtkosten und sonstigen Auslagenersatz). Begründete Abweichungen für einzelne Mandatsträger:innen aufgrund deren persönlicher Lebensumstände (z.B. Transferleistungsempfänger:innen) sind möglich.

#### Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Entsprechend empfehlen wir hier eine Änderung der Landesfinanzordnung, die mit den Landesfinanzordnungen von anderen Landesverbänden im Einklang ist.

**Antrag 2 zur Änderung der Landesfinanzordnung im § 4 – Funktionszulagen Mandatsträger:innen**

Antragsteller:innen: Christian Arnd (SV Magdeburg)

Der Landesparteitag möge die Landesfinanzordnung wie folgt ändern:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Sollten Mandatsträger:innen im Deutschen Bundestag oder im Landtag von Sachsen-Anhalt Funktionszulagen erhalten für Fraktionsposten (z.B. Fraktionsvorsitzende:r oder parlamentarische:r Geschäftsführer:in) oder für Funktionen im parlamentarischen Betrieb (z.B. Bundestagspräsident:in), sind von diesen Funktionszulagen mindestens 50 Prozent als zusätzliche Mandatsträger:innenabgaben an die Landespartei zu zahlen.

Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Die Funktionszulagen einzelner Mandatsträger:innen sorgen nicht selten für eine Verdoppelung der Diät, stehen aber in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Mehrarbeit. Daher ist eine Abführung der Hälfte legitim und akzeptabel, um die Partei in dieser Zeit finanziell zu stabilisieren. Außerdem wirken wir so aktiv gegen die Herausbildung einer Lohnhierarchie unter unseren Abgeordneten, die manche besser und andere schlechter stellt.

- 548 3. Die Mandatsträgerbeiträge verbleiben grundsätzlich auf der Gliederungsebene, auf der  
549 sie eingenommen werden.

550  
551  
552  
553  
554  
555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
572

573 **Weitere Anträge**

574

575 **Antrag 1**

576 **Begrenzung der Ausübung eines Mandates im Landtag oder Bundestag**

577 *Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land*

578

579 Die Dauer der Ausübung eines Mandats für unsere Partei im Landtag oder Bundestag wird auf  
580 zwei aufeinander folgende Legislaturperioden begrenzt.

581

582 Begründung:

583 Das verringert die Gefahr, dass gewählte Abgeordnete unserer Partei die Bodenhaftung  
584 verlieren und in bestehenden parlamentarischen Strukturen verkrusten.

585

586 ***Der Landesvorstand empfiehlt die Überweisung an den neuen Landesvorstand.***

587

588

589

590 **Antrag 2**

591 **Struktur des Landesvorstandes**

592 *Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land*

593

594 Aufgrund der abnehmenden Mitgliederzahl des Landesverbandes und der sinkenden  
595 Bedeutung unserer Partei in der Bevölkerung soll der Landesvorstand neu strukturiert  
596 werden.

597

598 Wir beantragen, dass nachfolgende Vorschläge dabei Beachtung finden:

599

- 600 • Der/die Vorsitzende des Landesverbandes soll nicht Mitglied einer Fraktion im  
601 Landtag oder Bundestag sein.
- 602 • Der Landesvorstand soll verkleinert werden und nur vierteljährlich tagen.  
603 Zwischen den Tagungen des Landesvorstandes erfolgt die politische Führung des  
604 Landesverbandes durch einen geschäftsführenden Landesvorstand. Dieser ist dem  
605 Landesvorstand rechenschaftspflichtig.
- 606 • Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der klar die Aufgaben und  
607 Zuständigkeiten definiert sind. Die Geschäftsordnung soll die Möglichkeit von  
608 Videokonferenzen enthalten.
- 609 • Bei der Zusammensetzung des Landesvorstandes ist darauf zu achten, dass die Anzahl  
610 von Abgeordneten sowie Mitarbeiter:innen und Wahlkreismitarbeiter:innen der  
611 Fraktionen in Bund und Land nicht überwiegt.

612

613 Begründung:

614 Erfolgt mündlich

615

616 ***Der Landesvorstand empfiehlt die Überweisung an den neuen Landesvorstand.***

617

618

619

620

621 **Antrag 3**

622 **Kriterien zur Erstellung eines Listenvorschlags für Landtagswahlen**

623 *Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land*

624

625 Folgende Kriterien sollen bei der Erstellung des Listenvorschlages berücksichtigt werden:

626

627 Für die ersten 15 Plätze:

- 628 – Für die einzelnen Plätze (auch 1) werden Themenfelder durch den Landesparteitag
- 629 festgeschrieben, auf die sich die Kandidierenden bewerben können.
- 630 – Die regionale Ausgewogenheit wird durch die Festschreibung von 5 mal je 3 Plätzen
- 631 nach den Landesregionen gesichert.
- 632 – 5 Plätze müssen an Bewerber:innen vergeben werden, die bisher nicht im Landtag
- 633 vertreten waren.
- 634 – Eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein Studienabschluss soll Voraussetzung
- 635 für eine Bewerbung sein.
- 636 – Mindestens 3 Bewerber:innen müssen unter 30 Jahre alt sein.
- 637 – Bewerber:innen für Listen dürfen an der Erstellung des Listenvorschlages durch den
- 638 Landesvorstand nicht beteiligt sein.

639

640 Mit diesen Vorgaben soll eine Eignung der Bewerber:innen für einen Listenvorschlag präzisiert

641 und ihre Gleichbehandlung bei der Aufstellung gesichert werden.

642

643 Dem LV wird so ein Instrument an die Hand gegeben, um keine verkrusteten Strukturen

644 zuzulassen und die Basis gleichberechtigt zu beteiligen.

645

646 ***Der Landesvorstand empfiehlt die Überweisung an den neuen Landesvorstand.***

647

648

649

650

651

652

653

654

655

656

657

658

659

660

661

662

663

664

665

666

667

668

669

670 **Antrag 4**

671 **Doppelspitze in der Landtagsfraktion**

672 *Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Florian Fand-*  
673 *rich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)*

674

675 Der Landesparteitag möge beschließen:

676

677 Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich für die Teilung der Verantwortung  
678 im Parlament mit der nächsten bevorstehenden Wahl des Fraktionsvorstandes - spätestens  
679 jedoch mit dem Ende des Jahres 2022 - die Doppelspitze unter Beachtung der Mindestquotie-  
680 rung wiederherzustellen.

681

682 Begründung:

683 Die Landtagsfraktion hatte in 2020 die Doppelspitze als Führungsduo eingerichtet. Diese  
684 Doppelspitze wurde nun mit der Neuwahl des Fraktionsvorstandes wieder aufgehoben und  
685 damit alle Chancen, die in solch einer Teilung des Amtes stecken, ausgesetzt. Jedoch ist ge-  
686 rade für DIE LINKE das Teilen der Macht, das Teilen des Führungsanspruchs auch ein Garant  
687 für Glaubwürdigkeit. Zudem bietet dies eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszu-  
688 bauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und strategisch wirksa-  
689 mer in der politischen Umsetzung im Parlament zu sein. Bei einer kleiner gewordenen Frak-  
690 tion sind eher die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu reduzieren.

691

692

693

694

695

696

697

698

699

700

701

702

703

704

705

706

707

708

709

710

711

712

713

714

715

716

717

718

719 **Antrag 5**  
720 **Änderung der Kommunalverfassung im Sinne des Beschlusses des Bundesverfas-**  
721 **sungsgerichtes vom 29.04.2021**  
722 *Antragsteller\*innen: LAG Klima, Stadtverband Magdeburg*  
723  
724 Der Landesparteitag möge beschließen:  
725  
726 Die Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE wird beauftragt, bei der anstehenden Änderung der  
727 Kommunalverfassung einen Antrag einzubringen, dass der § 4 der Kommunalverfassung in  
728 seiner jetzigen Form („Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im eigenen oder im übertrage-  
729 nen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner  
730 erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.“)  
731 im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts mit Hinblick auf die Generationengerech-  
732 tigkeit geändert wird. Der zweite Satz des Paragraphen soll durch die Erfüllung von Aufgaben  
733 im Klimaschutz und in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergänzt werden.  
734 Gleichzeitig muss für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen im Land gesorgt  
735 werden.  
736  
737 Vorschlag für eine Formulierung des § 4 Kommunalverfassung: „Die Kommunen erfüllen ihre  
738 Aufgaben im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer  
739 Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner:innen erforderlichen sozialen, kulturellen und wirt-  
740 schaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit und betätigen sich im Klimaschutz und in der  
741 Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“  
742  
743 Begründung:  
744 Derzeit sehen Kommunen den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung aufgrund der Fest-  
745 legung der Aufgabenerfüllung nicht als Pflichtaufgabe und haben auch kein Geld zur Verfü-  
746 gung, um sich zu betätigen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht klar, dass es ein  
747 Grundrecht auf Klimaschutz und Schutz vor den Folgen des Klimawandels gibt, und dass das  
748 somit Teil der Daseinsvorsorge ist. In beiden Aufgabenfeldern übernehmen Kommunen eine  
749 immens wichtige Rolle und müssen dieser auch gerecht werden können. Dafür braucht es die  
750 entsprechende gesetzliche Grundlage in Sachsen-Anhalt, nämlich eine Erweiterung des Auf-  
751 gabenfeldes der Kommunen mit Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimawandelanpas-  
752 sung. Diese Aufgabenbereiche sind auch Grundlage für die Finanzausstattung der Kommu-  
753 nen.  
754  
755 ***Der Landesvorstand befürwortet diesen Antrag. Statt „beauftragt“ sollte die Landtags-***  
756 ***fraktion „aufgefordert“ werden.***